

Wem gehört die Stadt? – Allen Menschen, nicht nur den Reichen und den Konzernen

Am 14.09.2025 werden in NRW neue Kommunalparlamente gewählt, in denen wesentliche kommunalpolitische Entscheidungen getroffen werden. Während alle bürgerlichen Parteien vorgeben, sich nach bestem Wissen und Gewissen für die Bürger*innen zu engagieren, wird im krassen Gegensatz dazu die Entwicklung der Städte und Gemeinden ~~ist~~ seit vielen Jahren von kapitalistischer Verwertungslogik bestimmt. Kaum noch eine Entwicklung findet ohne private Investor*innen statt, die auf Profite aus sind, auf Kosten der Kommunen und der Menschen. Öffentliche Aufgaben, wie Kitas, die Gesundheitsversorgung, der ÖPNV oder eine menschengerechte Stadt werden überwiegend durch ÖPP-Projekte realisiert. Die Profite werden privatisiert, die Kommunen tragen die Kosten.

Auch wenn auf kommunaler Ebene der Kapitalismus nicht überwunden werden kann, so können ihm jedoch in wesentlichen Bereichen die Krallen gestutzt werden. Daher sollten wir in den Wahlprogrammen und in den kommunalpolitischen Leitlinien folgende Forderungen verankern.

Über allen muss eine Kampagne zur umfassenden finanziellen Besserstellung der Kommunen stehen. Die kommunalen Haushalte müssten verdoppelt werden, um die notwendigen Aufgaben nur in Kernbereichen zu erfüllen. Dazu kommt eine weitgehende Befreiung von Altschulden, die gerade in NRW viele Kommunen betrifft.

Die LINKE wird sich nicht an dem üblen Spiel beteiligen, wo am „nettesten“ bei den kommunalen Ausgaben gespart werden kann. Besser wäre ein „Streik der Kommunen“, wie er vor einigen Jahren schon einmal von Bürgermeister*innen verschiedener Kommunen vorgeschlagen wurden. Die Aufteilung der Finanzmittel zwischen Bund, Land und Kommunen muss radikal geändert werden. Gleichzeitig streitet die LINKE weiter gegen die bundesweiten und landesweiten „Schuldenbremsen“ und für eine höhere Besteuerung großer Einkommen und Vermögen.

1. Mehr direkte Demokratie wagen - Einwohner*innenräte schaffen

Insbesondere bei Stadtentwicklungsprojekten wird oftmals die Einwohnerschaft einer Kommune beteiligt. In den dafür anberaumten Veranstaltungen werden den Menschen ein oder zwei fertige Konzepte vorgelegt. Es wird ihnen von den Verwaltungen vorgegaukelt, dass es nichts anderes gäbe und sie sich zwischen den beiden Konzepten entscheiden können. Ideen aus der **Einwohner** schaft werden lediglich zur Kenntnis genommen. Das hat jedoch nichts mit direkter Demokratie zu tun, die notwendigerweise darin besteht, dass die Einwohner*innen über ihre Belange tatsächlich entscheiden können.

Diskussions- und Entscheidungsprozesse müssen grundsätzlich für die **Einwohner*innen** geöffnet werden. Sie müssen bei jedem Schritt eines Entwicklungsprojektes beteiligt werden. Den Interessen der Bevölkerung muss Rechnung getragen und ihre Ideen müssen in einem demokratischen Prozess umgesetzt werden bis hin zu einer Einstellung oder Neukonzipierung von Projekten im Interesse der Mehrheit.

2. Rekommunalisierung öffentlicher Aufgaben

Viele öffentliche Aufgaben wie z.B. die Gesundheitsversorgung, der soziale Wohnungsbau und der öffentliche Personenverkehr (ÖPNV) werden vielfach in privatrechtlichen Unternehmen (GmbH und AG) organisiert. Dadurch schwinden die demokratische Kontrolle und das parlamentarische Weisungsrecht. Auch immer mehr Kitas werden von freigemeinnützigen Organisationen (Kirchen, DRK, Johanniter) sowie Elterninitiativen gebaut und betrieben. Die Kommunen bauen und betreiben nur noch selten diese wichtigen Einrichtungen. Dafür müssen die Kommunen einen Zuschuss an die Betreiber*innen zahlen – mögliche Überschüsse verbleiben jedoch in ihrer Hand. Im Bereich des Wohnungsbaus führen diese Organisationsformen dazu, dass nur noch lukrative Bauvorhaben durchgeführt werden, vorbei an den Bedürfnissen vor allem der Menschen mit einem niedrigen Einkommen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind.

3. Eine lebenswerte Stadt für alle Menschen ist autofrei.

Inzwischen gibt es sehr viele Diskussionen um eine lebenswerte Stadt ohne Autos. Entweder gibt es hierzu grundsätzlichen Widerstand oder aber die Vorschläge, wie eine Stadt autofrei wird, vergrößert die Ungleichheit. Lösungsvorschläge wie die City-Maut oder die Erlaubnis für CO2-freie Autos führen dazu, dass nur noch reiche Menschen mit ihren SUVs die Innenstädte entern und die Plätze besetzen. Maßnahmen können nur sein, dass es in den Städten keine Parkplätze mehr gibt, Wege nur noch für den Fuß- und Radverkehr freigeben werden, der ÖPNV fahrscheinfrei ist und Busse und Bahnen in Taktzeiten fahren, die an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sind.

4. Private Investor*innen dürfen nicht an der Stadtentwicklung beteiligt werden

Wer kennt das nicht? Schrottimmobilien in der Innenstadt. Seit Jahren und Jahrzehnten stehen sie leer und verfallen zusehends. Kein Mensch zieht daraus einen Vorteil bis auf die Eigentümer*innen, die sich noch einen steuerlichen Vorteil versprechen. Die Verwaltung und die herrschende Politik ist nicht willens und kann es auch nicht wegen klammer Kassen, diese Schrottimmobilien zu erwerben, um sie zu reaktivieren oder abzureißen und die Fläche zu entsiegeln, um einen Grünraum in der Innenstadt für die Menschen zu etablieren. Sie warten auf einen finanzkräftigen Investor! Diese Investor*innen haben aber nie das Gemeinwohl im Sinn, sondern sind einzig und allein von Profitinteressen getrieben. Sie entwickeln Ideen, wie sie aus einer Schrottimmobilie oder der Fläche maximalen Profit schlagen können. Sie kommen mit Ideen wie Residenzen für gut betuchte Menschen zu errichten, die für viel Geld verkauft oder vermietet werden. Politik und Verwaltung gehen solchen Ideen gerne hinterher, brauchen sie es doch nicht zu bezahlen und haben keinen Ärger mehr damit. Dabei gehen die profitgetriebenen Ideen von Investor*innen an die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen vorbei.

Kommunen müssen die jetzt schon gesetzlichen Möglichkeiten des Baugesetzbuches ausschöpfen, um Schrottimmobilien zu reaktivieren oder sie in ihren Besitz zu bringen. Dazu sind das Sanierungsgebot, die Abrisspflicht und die Enteignung probate Mittel.

5. Armutsbekämpfung auf kommunaler Ebene

In NRW leben ca. 20% der Menschen in Armut, während die Kinderarmut sogar bei ca. 25% liegt. In manchen Städten und Kreise sind die Quoten noch wesentlich höher. Die wesentlichen Gründe für die stetig wachsende Armut liegen zwar in der Verantwortung der Bundespolitik (z.B. zu geringe Sozialleistungen und Renten) oder den Niedriglöhnen in der Privatindustrie, aber auch die Kommunen tragen in einem nicht geringen Maße eine Mitverantwortung an der Armutsentwicklung, da in ihrer Zuständigkeit u.a. die Festsetzung der Wohnungsmieten für Bezieher*innen von Bürgergeld und Grundsicherung, die Ausstattung mit einer ausreichenden Zahl von Kindertageseinrichtungen und Ganztagsplätzen etc. liegt.

Insbesondere müssen obdachlosen Menschen Übernachtungsmöglichkeiten in öffentlichen Räumen angeboten werden. Das gilt auch für Vorräume von Sparkassen und Rathäusern. Das gilt insbesondere für die kalten Zeiten, aber auch dann, wenn durch den Klimawandel die Städte aufgeheizt sind. Dann müssen diese Räume für alle Menschen als Abkühlungsräume geöffnet und hergerichtet werden.

6 Wir brauchen nicht kriegs-, sondern friedentüchtige Kommunen

Der deutsche Kriegs- bzw. Verteidigungsminister Pistorius will die deutsche Bevölkerung wieder kriegstüchtig machen. Auch die Kommunen hat er aufgefordert, mehr für die "Verteidigung" zu tun. Statt sich für mehr Frieden einzusetzen, sollen deutsche Soldaten wieder in den Krieg ziehen, als hätte Deutschland aus der Geschichte nichts gelernt. Auch der erste bzw. insbesondere der zweite Weltkrieg ging von deutschem Boden aus. Es besteht deshalb die dringende Notwendigkeit, sich dieser abenteuerlichen Aufrüstung und Kriegspropaganda zu widersetzen. Die Kommunen haben deshalb eine besondere friedenspolitische Verantwortung, um diesen militaristischen Wahnsinn zu stoppen.